

## **Antrag**

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber** und **Landbauer**

zur Gruppe 7 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 2018,  
Ltg. 1595/V-5-2017

betreffend: **Rücknahme wirtschaftsfeindlicher Gesetze**

Niederösterreichs Unternehmer bilden das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft, 99,7 Prozent davon sind KMUs. Diese sichern wertvolle Arbeitsplätze und sind auch in Zukunft der Garant dafür, dass weitere Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden. Immerhin beschäftigen KMUs rund 67 Prozent aller Mitarbeiter und zwei von drei Arbeitsplätzen werden vom KMUs geschaffen.

Jedoch ist auch die Industrie für die Schaffung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen ein riesiger Faktor. Auch diese Betriebe benötigen eine entsprechende Unterstützung, ein Abwandern ins Ausland muss verhindert werden.

Seit Jahren ist die heimische Wirtschaft unzähligen Schikanen in Form von überbordender Bürokratie, wirtschaftsfeindlichen Gesetzen und finanziellen Belastungen ausgesetzt. Das treibt immer mehr Unternehmer in den Ruin und führt zu den stetig steigenden Arbeitslosenzahlen. Die dafür verantwortlichen wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen sind allesamt hausgemacht: Will ein Niederösterreicher erst einmal einen Betrieb gründen oder ein Unternehmer seinen Betrieb erweitern, so steht er vor unzähligen bürokratischen Hürden. Ein teures Gutachten nach dem anderen muss geliefert werden, massive Umweltauflagen werden vorgeschrieben, dazu kommen unzählige rechtliche Auflagen. Seit den strengen Basel-III Auflagen haben Klein- und Mittelbetriebe immer größere Probleme, einen Kredit zu bekommen und werden nach Strich und Faden daran gehindert, in neue Projekte zu investieren. Neben den finanziellen Belastungen findet seit der Ostöffnung des Arbeitsmarktes ein massiver Verdrängungswettbewerb statt. Niederösterreichische Unternehmer erleben ein immer stärkeres Lohn- und Preisdumping und können mit der Billigkonkurrenz aus dem Osten nicht mehr mithalten. Hinzu kommen Rekordabgabenquoten von weit über 40

Prozent. Viele Betriebe stehen vor der Situation, dass sie zwar gerne weitere Mitarbeiter aufnehmen würden, aber es sich aufgrund der hohen Lohnnebenkosten schlichtweg nicht leisten können. In Folge der wirtschafts- und unternehmerfeindlichen Politik wird der Wirtschaftsstandort Niederösterreich immer unattraktiver und viele Betriebe verlagern ihren Firmensitz bzw. ihre Produktionsstätten ins benachbarte Ausland.

Ebenfalls seit Jahren schikaniert werden die heimischen Wirte und Gastronomen. Zu den jüngsten wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen zählt etwa die Registriertasse, wo man von Beginn an sämtliche Gastronomen unter den Generalverdacht der Steuerhinterziehung gestellt hat. Beispielhaft für die wirtschaftsfeindliche Politik ist ebenfalls die stückchenweise Umsetzung des generellen Rauchverbotes. Zuerst mussten die Wirte um zig Millionen Euro Umbauten vollziehen und dann hat man im Nachhinein das generelle Rauchverbot beschlossen.

Alles in allem braucht unser Land einen raschen Richtungswechsel und die Rücknahme sämtlicher wirtschaftsfeindlicher Gesetze, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, damit die heimischen Unternehmer wieder Luft zum Atmen haben.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für die Rücknahme sämtlicher wirtschaftsfeindlicher Gesetze, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, aus.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, im eigenen Wirkungsbereich und in Verhandlungen mit dem Bund die Rücknahme sämtlicher wirtschaftsfeindlicher Gesetze, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene sicherzustellen.“